

Die AfD als rechtsproduktionistische Arbeiterpartei und das Hoffen auf ein sozialdemokratisches Wunder

Torben Schwuchow

Einleitung

Die Nachwahluntersuchungen der vergangenen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg belegen einmal mehr, dass die AfD ihre stärksten Erfolge unter denjenigen erreicht, die sich selbst als Arbeiterin oder Arbeiter bezeichnen. Das ist kein neues Phänomen. Wir können diese Wahlerfolge der AfD schon seit einigen Jahren beobachten. Interessant ist aber, dass die Partei im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis weiterhin überdurchschnittliche Ergebnisse in dieser Gruppe erreicht. Laut den Auswertungen von infratest dimap erreichte die AfD bei der Landtagswahl in Thüringen 2024 insgesamt 33 Prozent, unter Arbeiter*innen erzielte sie 49 Prozent.¹ Auch wenn die AfD dort mittlerweile unter fast allen Tätigkeits- und Bevölkerungsgruppengruppen ein hohes zweistelliges Ergebnis erreicht, sticht die Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeitern also immer noch deutlich hervor. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der Partei und keineswegs nur auf die ostdeutschen Bundesländer begrenzt. Nahezu bei allen Landtagswahlen sowie der vergangenen Bundestagswahl zeigt sich mittlerweile dieses Verhältnis. Die AfD, so scheint es, hat die SPD (beziehungsweise in Ostdeutschland Die Linke) als Arbeiterpartei abgelöst.

Nun macht allein die Tatsache, dass eine Partei verhältnismäßig stark von einer spezifischen Bevölkerungsgruppe gewählt wird, diese Partei noch lange nicht zu ihrem alleinigen Interessensvertreter. Im Bezug zu den Wahlerfolgen der AfD steht zudem die Frage im Raum, inwiefern Partei und ihre Wählerschaft zum Label der »neuen Arbeiterpartei« passen. Einige Autor*innen weisen darauf hin, dass nicht nur die Partei arbeitnehmerfeindliche Politik vertrete, sondern sich auch ihre Wählerschaft durch ein schwaches Eintreten für »Arbeiterklasseninteressen«² oder einen ausgeprägten Ordoliberalismus auszeichnen würden.³ Das Label »Arbeiterpartei« ist aus Sichtweise dieser Studien

1 Tagesschau 2024.

2 Westhäuser/Lux 2024: 20.

3 Kaphegyi 2022.

daher nicht geeignet, um die AfD und ihre Wählerschaft treffend zu beschreiben.⁴ Auf der anderen Seite mehren sich aber zugleich Berichte und Studien über die parteipolitischen Positionierungen der AfD, die der Partei eine Abkehr des Thatcherismus der Anfangsjahre nachweisen. So attestiert der Publizist Volker Weiß Teilen der AfD, einen gezielten »rechten Hass auf Reiche« zu schüren.⁵ Andere Studien zeigen, wie die AfD – ganz ähnlich wie viele andere rechtspopulistische Parteien in den letzten Jahren – in ökonomischen Themen stellenweise Abschied von ihren neo-liberalen Dogmen genommen hat und dezidiert nach links gerückt ist.⁶ Damit würde sie ihrem Kernklientel und der (historischen) Bezeichnung als »Arbeiterpartei« tatsächlich ein gutes Stück näherkommen.

Im Folgenden möchte ich an den Fragenkomplex anschließen, warum die AfD gerade unter Arbeiter*innen so erfolgreich ist und inwiefern sie als neue Arbeiterpartei angesehen werden kann. Ich möchte darlegen, dass die AfD als eine »rechtsproduktionistische Arbeiterpartei« bezeichnet werden sollte. Denn der AfD gelingt es, durch eine produktionsistische Rhetorik gerade diejenigen anzusprechen, die unter der unternehmerischen Autokratie leiden und um Würde und Respekt in der Arbeit kämpfen müssen. Charakteristisch für den Produktionismus ist dabei die Betonung von harter Arbeit und Eigenleistung sowie die doppelte Abgrenzung nach »oben« und »unten«.

Meine Argumentation ist wie folgt aufgebaut: Zunächst möchte ich anhand einer Auswertung der 10. WSI-Erwerbspersonenbefragung aus dem Jahre 2023 zeigen, dass sich die Wähler*innen von AfD und SPD kaum voneinander unterscheiden, wenn man sie nach ihrer Positionierung im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit fragt (2). Dieser Befund verdeutlicht, dass die Frage nach Einstellungen und Konfliktorientierung nicht hilft, die Erfolge der AfD zu erklären. Vielmehr muss nach den konkreten Ausbeutungserfahrungen im Arbeitsprozess gefragt werden. Im dritten Teil zeige ich dementsprechend, dass es der AfD derzeit mit einem rechtspopulistischen Produktionismus gelingt, gerade diejenigen Stimmen aus der Arbeiterklasse anzusprechen, die um Würde und Anerkennung in der Arbeit kämpfen müssen und am Arbeitsplatz keine erfolgreichen Gegenstrategien zur Verfügung haben (3). Wie ich im vierten Punkt darlege, basiert dieser Erfolg der AfD auch auf der Tatsache, dass sich der linke Produktionismus in einer Suchbewegung befindet (4). Im Fazit möchte ich abschließend erörtern, dass der Kampf gegen den Rechtspopulismus zwar mit dem Kampf gegen die unternehmerische Autokratie einhergeht, aber weitergehende Fallstricke für linke Parteien beinhaltet, die derzeit kaum lösbar erscheinen (5).

4 Siehe auch Abou-Chadi 2021.

5 Weiß 2023.

6 Manow 2018; Biskamp 2022.

Einstellungen zu Streiks und Gewerkschaften unter Arbeiter*innen mit AfD- oder SPD-Wahlabsicht

In einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung weisen Lux und Westhäuser jüngst darauf hin, dass eine »Arbeiterklassenidentität« sowie ein »Unten-Oben-Bewusstsein« mit einer teils deutlich erhöhten Tendenz zur AfD-Wahl verknüpft ist.⁷ Allerdings machen die beiden Autoren auf den Unterschied aufmerksam, dass diejenigen *mit* einem ausgeprägten Bewusstsein für den kapitalismusprägenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit eine stärkere Tendenz zeigen *nicht* die AfD, sondern Mitte-links Parteien (das heißt SPD, Linke, Grüne) zu wählen:

»Befragte, die sich in Oben-Unten Konflikten zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen, Gewerkschaften und Konzernen klar mit der Seite der Beschäftigten solidarisieren, wählen deutlich häufiger linke Parteien. Weder die rechte Mitte noch die Rechtsradikalen können bei dieser Frage punkten.«⁸

Dieser Befund führt die Autoren zu der Hoffnung, dass eine stärkere politische Polarisierung zwischen »unten« und »oben« nicht nur ein erfolgsversprechendes Rezept für eine Re-Justierung der SPD wäre. Sie erhoffen sich von dieser konflikt-schärfenden Politik auch ein Rezept gegen die AfD.⁹

In der 10. Erwerbspersonenbefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung finden sich einige Fragen,¹⁰ mit denen sich die These einer Unterscheidung zwischen AfD-Wähler*innen und Wähler*innen von Mitte-links-Parteien wie der SPD hinsichtlich ihrer Parteinehmer im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit überprüfen lassen. In der Befragung wurden die Teilnehmenden nach ihren Einstellungen zum Streik sowie ihrer persönlichen Bereitschaft, sich an einem Streik zu beteiligen, gefragt. Im Folgenden werden diese Angaben für Arbeiter*innen,¹¹ die AfD oder SPD wählen würden, miteinander verglichen. Der explizite Vergleich zwischen AfD und SPD bietet sich deswegen an, da die Sozialdemokrat*innen in der BRD jahrzehntelang die selbsternannten historischen Verbündeten der Arbeiter*innen waren. Tatsächlich gelang es der SPD auch noch im Bundestagswahlkampf 2021 stärkste Kraft unter Arbeiter*innen zu sein und damit vor der AfD zu liegen. Mittlerweile hat sich dieses Verhältnis zugunsten der AfD verändert.

Der Streik ist in Deutschland eine »Minderheitenerfahrung«¹². Das bedeutet, dass die große Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland sich im Laufe ihres Erwerbslebens nicht an Streiks beteiligt. Umso interessanter ist es, dass sich mit 95 Prozent eine deutliche Mehrheit der befragten Arbeiter*innen im Datensatz grundsätzlich für das Recht zu Streiken ausspricht. Das trifft auch für diejenigen Arbeiter*innen zu, die AfD oder

7 Westhäuser/Lux 2024: 21.

8 Westhäuser/Lux 2024: 17.

9 Westhäuser/Lux 2024: 22.

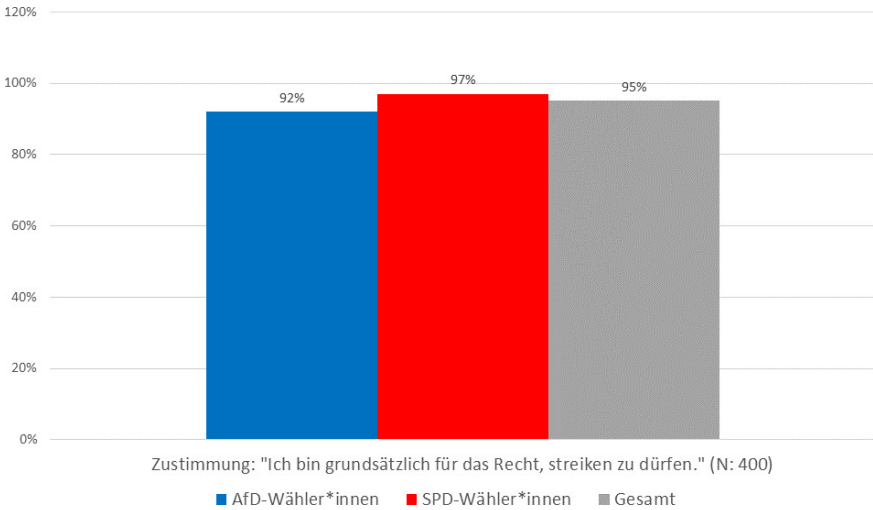
10 Die Besonderheit dieser Befragung liegt im Fokus auf Erwerbspersonen. Rentner*innen, Studierende oder Schüler*innen werden also nicht befragt. Zum Sample sowie der Erhebungsmethode vergleiche Emmler 2023a; 2023b.

11 Die Bezeichnung als Arbeiter*in basiert in der Umfrage auf einer Selbsteinschätzung in Abgrenzung zu Beamten, Angestellten oder Selbständigen.

12 Dribbusch 2023: 72.

SPD wählen würden (vergleiche Abbildung 1): Auch hier wird das Streikrecht mit einer großen Mehrheit grundsätzlich bejaht, wobei der Anteil unter den SPD-Anhänger*innen (97 Prozent für das Grundrecht zu Streiken) über denen mit einer AfD-Wahlabsicht liegt (92 Prozent für das Grundrecht zu Streiken).

Abbildung 1: Zustimmung unter Arbeiter*innen zum Grundrecht zu streiken nach Parteiwahl



Quelle: eigene Erhebung

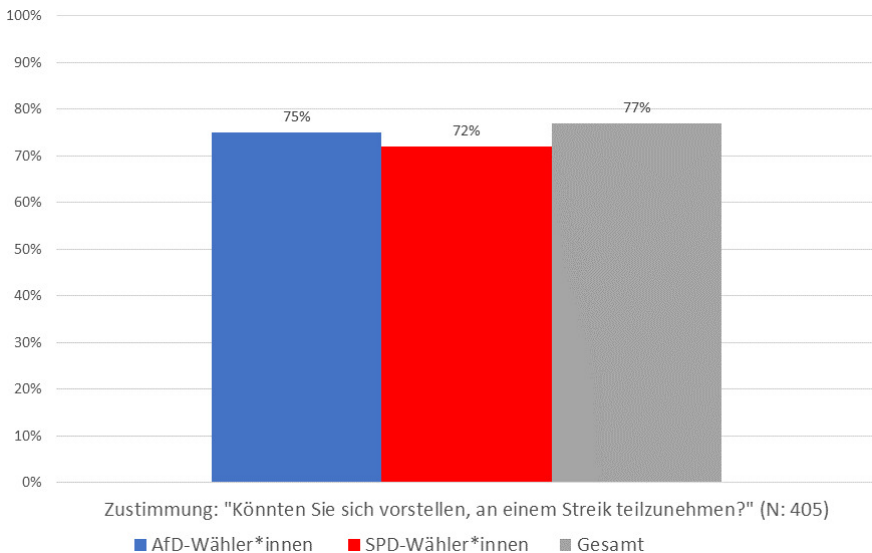
Wechselt man die Perspektive und fragt nach der persönlichen Streikbereitschaft, dann fällt auch hier auf, dass obgleich der Streik eine Minderheitenerfahrung der Beschäftigten ist, mit 77 Prozent auch eine Mehrheit der befragten Arbeiter*innen bereit wäre, sich an einem Streik zu beteiligen. Mit vergleichendem Blick auf das Antwortverhalten der Wählergruppen zeigt sich dabei, dass Unterstützer*innen von SPD und AfD jeweils eine leicht unterdurchschnittliche Bereitschaft zur Teilnahme an Streiks signalisieren. So sind unter Arbeiter*innen, die die AfD wählen, 75 Prozent bereit, sich an einem Streik zu beteiligen. Unter den Arbeiter*innen, die SPD wählen, liegt dieser Anteil bei 72 Prozent (vergleiche Abbildung 2).

Im selben Datensatz wurden die Befragten auch zu ihren Einstellungen und Sichtweisen zu Gewerkschaften befragt. Dabei zielten zwei Items auf die Parteinahme für eine konfliktorientiertere Gewerkschaftspolitik ab (vergleiche Abbildung 3). Erneut zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Einstellungen zum Streik. Mit rund 80 Prozent ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass sich »Gewerkschaften in tarifpolitischen Auseinandersetzungen stärker gegen Arbeitgeberverbände durchsetzen sollten.« Gleichzeitig, und das ist für die Gewerkschaftsforschung keineswegs überraschend, ist aber auch eine Mehrheit der Befragten (78 Prozent) der Meinung, dass »Gewerkschaften Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besser vermeiden sollten.«

Die Sichtweise auf Gewerkschaften, wie im Übrigen auch auf Streiks, ist unter Beschäftigten in Deutschland traditionell sehr pragmatisch. Die unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Einstellungen zu Streiks und einer konfliktorientierten Gewerkschaftspolitik lassen sich am besten dahin deuten, dass die Beschäftigten in Deutschland

»in der Regel kein Interesse [daran haben, T.S.], im permanenten Krieg mit Geschäftsleitung und Management zu stehen. Sie haben zumeist ein recht pragmatisches Verhältnis zu Arbeitsniederlegungen wie im Übrigen auch zu Gewerkschaft. Sie befürworten Streiks als von Zeit zu Zeit notwendigen Ausdruck von Gegenmacht, beurteilen sie aber vor allem nach ihrem Erfolg beziehungsweise ihren Erfolgchancen.«¹³

Abbildung 2: Streikbereitschaft unter Arbeiter*innen nach Parteiwahl

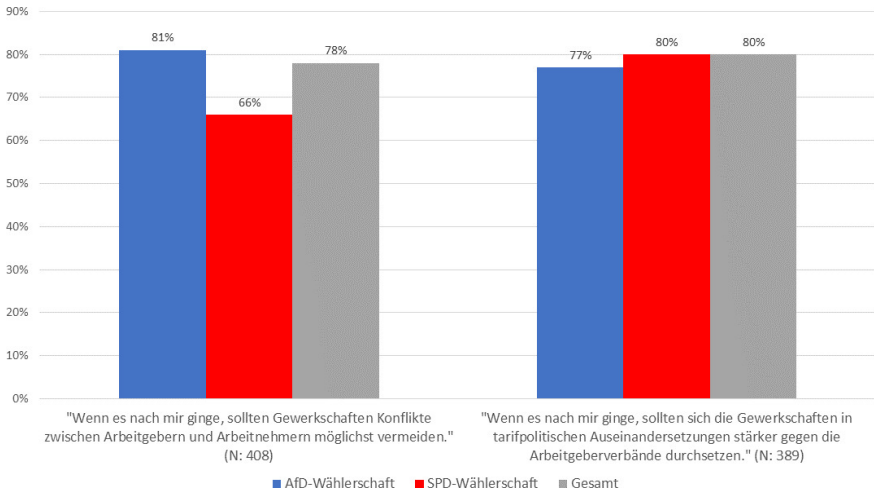


Quelle: eigene Erhebung

Im Großen und Ganzen zeigt sich dieses pragmatische Bild auch unter AfD- und SPD-Wähler*innen. Denn beide Gruppen befürworten mehrheitlich, dass sich Gewerkschaften stärker gegen Arbeitgeberverbände durchsetzen sollten. Fragt man umgekehrt nach dem Wunsch, ob Gewerkschaften Konflikte mit Arbeitgebern besser vermeiden sollten, so wird auch das unter den AfD-Wähler*innen mehrheitlich bejaht. Die SPD-Wähler*innen zeigen sich hier aber deutlich skeptischer und verneinen diese Frage dementsprechend häufiger (vergleiche Abbildung 3).

13 Dribbusch 2023: 71.

Abbildung 3: Einstellungen zu Gewerkschaften unter Arbeiter*innen nach Parteiwahl



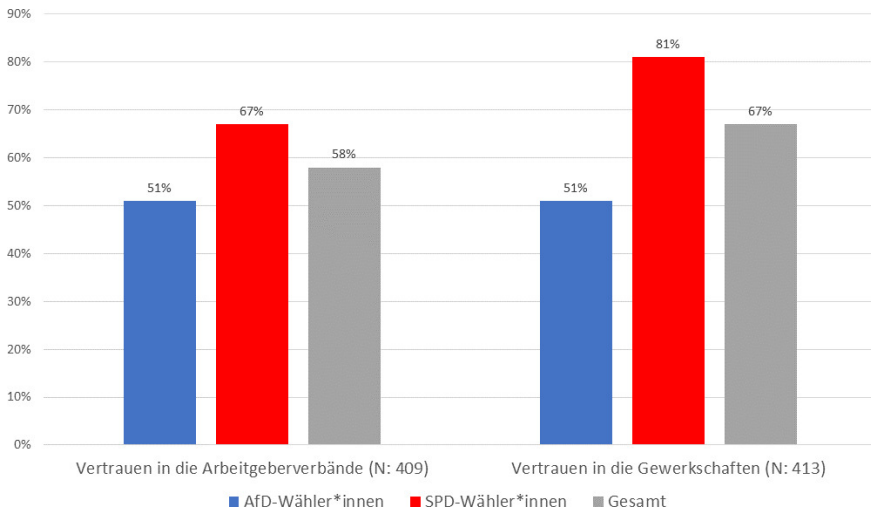
Quelle: eigene Erhebung

Anders als in der Studie von Westhäuser und Lux kann anhand dieser Auswertung allerdings nicht geschlussfolgert werden, dass eine Positionierung auf Seiten der Arbeitnehmerrechte eindeutig mit einer stärkeren Präferenz zugunsten von Mitte-Links-Parteien einhergeht. Zwar zeigen sich SPD-Anhänger*innen in ihrer Sichtweise auf Gewerkschaften offener für eine konfliktorientiertere Gewerkschaft, eine arbeitnehmerfeindliche Einstellung lässt sich aber den Wähler*innen der AfD angesichts dieser Auswertungsergebnisse nicht nachsagen.

Deutliche Unterschiede zeigen sich aber, wenn man nach dem Vertrauen der Arbeiter*innen in Gewerkschaften sowie in Arbeitgeberverbände fragt. Während die Wählergruppe der SPD sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbänden überdurchschnittlich stark vertraut, zeichnen sich AfD Wähler*innen durch ein sehr starkes Misstrauen aus. Und dieses Misstrauen richtet sich sowohl gegen die Gewerkschaften als auch gegen die Arbeitgeberverbände (vergleiche Abbildung 4).¹⁴

14 Für eine umfassende Analyse des Vertrauens in Gewerkschaften und des Zusammenhangs mit Arbeitsbedingungen und Parteipräferenzen vgl. Hövermann/Kohlrausch 2023.

Abbildung 4: Institutionenvertrauen unter Arbeiter*innen nach Parteiwahl



Quelle: eigene Erhebung

Diese Befunde verdeutlichen, dass ein alleiniger Fokus auf die Konfliktorientierung und die Parteinahme in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit keine Hinweise für die hohen Wahlerfolge der AfD unter Arbeiter*innen zeigt. Arbeiter*innen, die SPD oder AfD wählen würden, unterscheiden sich kaum voneinander, wenn man sie nach ihren Einstellungen zu Streiks oder konfliktorientierten Gewerkschaftsinitiativen fragt.¹⁵ Anders verhält es sich mit der Frage nach dem Institutionenvertrauen. Hier zeigen die AfD-Anhänger*innen eine deutlichere Skepsis gegenüber den Eliten sowohl auf Seiten der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften. Diese Elitenskepsis wird als ein Hauptmerkmal populistischer Parteien und ihrer Anhängerschaft gesehen. Aber woher kommt dieses Misstrauen? Und warum gelingt es gerade der AfD, diejenigen Arbeiter*innen anzusprechen, die sich von den etablierten Institutionen der Interessensvertretung misstrauisch abwenden, gleichzeitig aber keineswegs arbeitnehmerfeindliche Positionen im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit einnehmen würden? Eine Erklärung darauf bietet ein in der Debatte oft vernachlässigtes charakteristisches Merkmal des (Rechts-)Populismus: Die Anrufung an ein produktionsistisches Ideal sowie die Vernachlässigung dieses Ideals durch linke Parteien.

15 Hier wird bewusst nur auf die Konfliktorientierung der Befragten geschaut. Weitere Themen, die für die Sichtweise auf Gewerkschaften sowie die Parteinahme für Gewerkschaften wichtig sind, müssen hier leider ausgespart werden. Es ist davon auszugehen, dass sich die beiden Wählergruppen fundamental in ihrer Sichtweise auf Gewerkschaften und die Rolle von Gewerkschaften in der Demokratie unterscheiden. Hier liegt – gerade auch für die gewerkschaftlichen Strategien gegen Rechtsextremismus – ein wichtiges Forschungsdesiderat.

Kampf um Würde in der Arbeit und die Anrufung einer produktivistischen Ethik

In ihrer Forschung über die Anhängerinnen der Tea-Party im Süden der USA konnte die Soziologin Arlie Hochschild nachweisen, dass enttäuschte Hoffnungen auf einen sozialen Aufstieg und materielle Sicherheit charakteristisch für viele waren, die wenig später auch die erste Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps unterstützten.¹⁶ Hochschild deutete diese Enttäuschungserfahrung als einen Klassenkonflikt. Allerdings richtete sich die Wut der Tea-Party Sympathisant*innen nicht gegen die Reichen oder Eigentümer großer Wirtschaftsunternehmen, sondern in erster Linie gegen die Regierung. Denn diese untergrabe, aus Sicht der von Hochschild Befragten, durch staatliche Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsschichten den ›Amerikanischen Traum‹, es durch eigene Arbeit und Leistung zu Wohlstand und sozialem Ansehen zu schaffen.¹⁷ Für die Anhänger*innen der Tea-Party verlaufe der Klassenkonflikt demnach nicht klassisch-marxistisch zwischen Arbeiterklasse und den Eigentümern an Produktionsmitteln, sondern zwischen den ›makers‹ und den ›takers‹, das heißt denjenigen, die stolz darauf sind, nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein und durch eigene Arbeit über die Runden zu kommen und denjenigen, die diese staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Diese Betonung der eigenen Arbeitsleistung und der Stolz auf materielle Unabhängigkeit durch Arbeit ist ein charakteristisches Merkmal populistischer Bewegungen und wird in der Populismusforschung als Anrufung eines produktivistischen Ideals bezeichnet.¹⁸ Kennzeichen dieses Produktionismus ist neben einer moralischen Aufwertung der Arbeit eine doppelte Abgrenzung: Auf der einen Seite richtet sich der Produktionismus gegen das Establishment, womit sowohl ›money power‹ und ›big business‹ als auch eine politische Kaste gemeint ist, die sich auf Kosten der Mehrheit bereichere und selbst nichts zum Wohlstand der Gesellschaft beitrage. Doch auch nach unten grenzt sich der Produktionismus gegen vermeintlich leistungsunwillige Gruppen ab.¹⁹ Im rechtspopulistischen Produktionismus geschieht dies nicht selten durch rassistische Vorurteile gegenüber Migrant*innen, die als Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze wahrgenommen und als ›faul‹, ›nutzlos‹ oder ›leistungsunwillig‹ diffamiert werden. Auch in der Unterscheidung zwischen einer hart arbeitenden Facharbeiter-schaft und den ›faulen Armen‹, ›leistungsunwilligen Sozialhilfeempfängern‹ oder prekär Beschäftigten tritt diese Abgrenzung von einem ›Unten‹ im Rechtspopulismus auf.²⁰

16 Hochschild 2016: 135ff. Inzwischen hat Hochschild diese Forschung in der armen, weißen US-amerikanischen Arbeiterklasse fortgesetzt und bestätigt. Der Erfolg Donald Trumps in dieser Klasse basiere ihrer Meinung nach auf eine gezielte Ansprache ihres »Stolzes« (vergleiche Hochschild 2025).

17 Hochschild 2016: 150.

18 Jörke/Selk 2017: 21; Lasch 1991: 486.

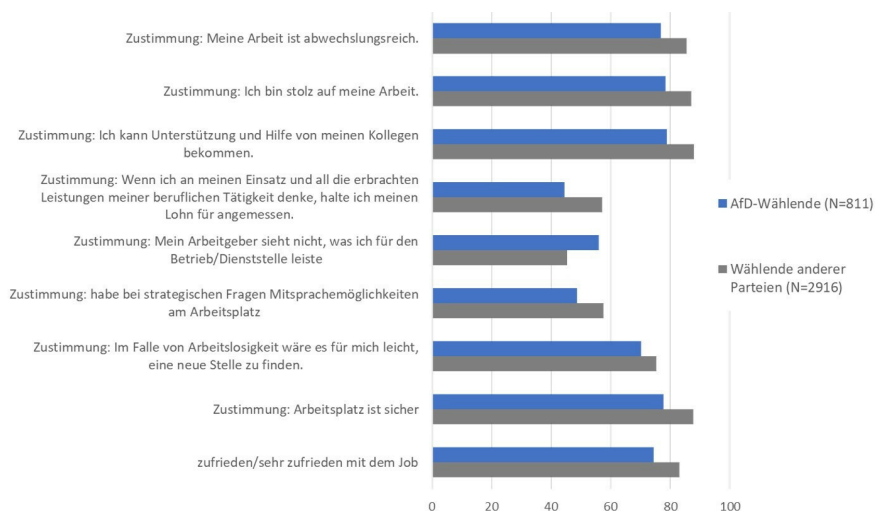
19 Aufschlussreich für die verschiedenen Facetten und Ausdrucksweisen linker und rechter produktivistischer Ideale ist Kazins Studie über die Geschichte populistischer Bewegungen und Parteien in den USA (vergleiche Kazin 2012).

20 Rathgeb 2024.

In der Forschung über die Motive der AfD-Wahlentscheidung unter Arbeiter*innen wird auf ähnliche produktionsistische Einstellungen verwiesen.²¹ Wichtig dabei ist, dass der Erfahrungsraum Arbeit mit in die Analyse eingezogen wird. Wie Sauer und Detje zurecht bemerken, können die Zuspitzung arbeitsweltlicher Problemlagen und die damit einhergehenden Anerkennungs- und Würdeverluste der (Stamm-)Belegschaften in einer »renditegesteuerten Unternehmenspolitik« als Nährboden für den Rechtspopulismus angesehen werden.²² Produktionsistische Ideale, wie der Stolz auf die eigene Arbeit oder die Betonung ökonomischer Unabhängigkeit durch eigene Arbeitsleistung werden durch diese Umbrüche in der Arbeitswelt bedroht, was zu einer radikaleren Abgrenzung nach »oben« und »unten« führt.

Wie in Abbildung 5 gesehen werden kann, ist die Abwertungserfahrung in der Arbeit tatsächlich eine gemeinsame Erfahrung, die viele Wähler*innen der AfD teilen und sie von den Wählerschaften anderer Parteien unterscheiden. Im Gegensatz zu den Wähler*innen aller anderen Parteien, stimmen die Unterstützer*innen der AfD wesentlich häufiger Aussagen zu, die auf eine respektlose, monotone, unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsstelle hinweisen (vergleiche Abbildung 5).

Abbildung 5: AfD-Wahl und Arbeitsbedingungen



Quelle: Hövermann 2023: 17

Weitergehende empirische Untersuchungen zeigen, dass gerade diejenigen Beschäftigten, die unter institutionellen Demütigungen in der Arbeit leiden und keine Gegenwehrstrategien in der Arbeit besitzen, eine höhere Wahrscheinlichkeit der AfD Wahl aufweisen.²³ Zu diesen institutionellen Demütigungen können permanent un-

21 Dörre 2018; Schwuchow 2023.

22 Sauer/Detje 2019: 163.

23 Schwuchow 2023: 155–156.

sichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse gezählt werden, in denen die Angst vor drohender Arbeitslosigkeit stets präsent ist. Die Fähigkeit, das Leben eigenständig zu planen und zu kontrollieren, ist dadurch bedroht. Dies kann als eine Bedrohung des Würdeempfindens verstanden werden.²⁴ Auch fehlende beziehungsweise ungleiche Mitsprachemöglichkeiten in der Belegschaft sowie die Ignoranz des Arbeitgebers gegenüber den individuellen Kompetenzen und Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers ist eine Form institutioneller Demütigung am Arbeitsplatz. Denn dadurch können Beschäftigte das Gefühl bekommen, »ein Mensch zweiter Klasse zu sein«²⁵. Auch das ist eine institutionelle Bedrohung menschlicher Würde.

Mit Blick auf die Wählerschaft der AfD fällt nun auf, dass diese nicht nur häufiger in Arbeitsverhältnissen sind, in denen diese institutionellen Würdeverletzungen am Arbeitsplatz vorherrschen. Hinzu kommt auch, dass die Wähler*innen der AfD seltener auf Gegenwehrstrategien zurückgreifen können, um sich gegen diese Bedrohungen zu wehren. Zu diesen Gegenwehrstrategien können im Anschluss an die arbeitsethnographischen Untersuchungen von Hodson »Solidarität und Kollegialität in der Belegschaft, die Etablierung eigener Arbeitsabläufe sowie der Widerstand in Form von Streiks oder auch stillen Protest« gezählt werden.²⁶ Auch die Existenz eines Betriebsrats ist eine Möglichkeit, um die Interessen der Belegschaft gegen die Unternehmensmacht zu schützen. Ein Großteil der Arbeiter*innen mit AfD-Wahlabsichten arbeitet jedoch wesentlich häufiger in Arbeitsverhältnissen, in denen diese Gegenwehrmöglichkeiten nicht mehr vorhanden sind.²⁷ Für diese Wählergruppe kann die Wahl der AfD daher auch als ein »outgesourcter Protest«²⁸ gegen institutionelle Demütigungen am Arbeitsplatz gedeutet werden, die gerade für diejenigen eine Option ist, die keine anderen Gegenstrategien mehr zur Hand haben.

Anders als in den Untersuchungen von Hochschild über die Unterstützer*innen der Tea-Party geht mit diesem Kampf um Würde in der Arbeit aber keine Verschiebung des kapitalismusprägenden Klassenkonflikts einher.²⁹ Zwar zeigt sich auch unter der AfD-Wählerschaft, ganz ähnlich wie Hochschild es bei den Tea-Party Anhänger*innen feststellt, ein starkes Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen.³⁰ Dieses Misstrauen betrifft aber wie zu Beginn des Beitrags gezeigt auch Kapitalfraktionen wie Arbeitgeberverbände. Hinzu kommt, dass die AfD besonders auch in gewerkschaftlich gut organisierten Segmenten des Arbeitslebens sowie auch unter aktiven Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich erfolgreich ist.³¹ Die AfD scheint damit derzeit ein Sammelbecken für den Protest vieler Beschäftigten zu sein, die unter demütigenden Arbeitsbedingungen leiden und keine Gegenwehrstrategien mehr haben. Das Vertrauen in Gewerkschaften ist dementsprechend schwach, schließt aber eine Parteinahme für die Interessen der Arbeitnehmer*innen keineswegs aus.

24 Schwuchow 2023: 115.

25 Schwuchow 2023: 115.

26 Hodson 2001: 4.

27 Schwuchow 2023: 145.

28 Schwuchow 2023: 160.

29 Dörre 2018: 51.

30 Hövermann 2023: 20.

31 Brinkmann/Hassan-Beik/Zappino 2020; Schwuchow 2023: 160.

Diese Beschäftigungsgruppen adressiert die AfD gezielt durch Ansprachen, in denen immer wieder produktivistische Ideale in den Mittelpunkt gestellt werden. Exemplarisch kann diese rhetorische Figur an einer Rede des Bundessprechers der AfD, Tino Chrupalla, auf dem 13. Bundesparteitag der AfD 2022 gesehen werden:

»Wir müssen diejenigen erreichen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und ebenso muss unsere Politik die ansprechen, die aufgrund schlechter Infrastruktur und hoher Abgaben kein eigenes Unternehmen gründen oder lieber ins Ausland gehen. Diese Bürger müssen wir erreichen und darin besteht kein Widerspruch. Denn die Alternative für Deutschland [...] bindet alle Bürger ein, die an der Wertschöpfung in unserem Land teilhaben.«³²

Mit der Betonung des Wertschöpfungsnarrativs signalisiert Chrupalla die Zielrichtung der sozialen Politik der AfD. Diese richte sich an alle, die aus der Sicht der AfD an der »Wertschöpfung in Deutschland teilhaben«. Das impliziert zugleich den Ausschluss all derer, die aus Sichtweise der Rechtspopulisten angeblich keinen Beitrag zu dieser Wertschätzung leisten, wobei eine doppelte Abgrenzung nach »oben« – gegen »Altparteien«, Medieneliten und bestimmte Teile der Wirtschaft – sowie nach unten/außen – gegen Bürgergeldempfänger*innen und Migrant*innen – stattfindet. Mit diesem rechtspopulistischen Produktionismus ist die AfD insbesondere auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern erfolgreich.

Ähnlich wie in vielen anderen Politikbereichen, droht diese Vereinnahmung des Erfahrungsraums »Arbeit« durch den Rechtspopulismus zu einer zunehmenden Radikalisierung zu führen. In einigen Stellungnahmen von AfD-Politikern ist derzeit zu sehen, wie das rechtsproduktionistische Ideal sozial-chauvinistische bis hin zu völkischen, anti-semitischen und rassistischen Konnotationen erhält.³³ Umso dringlicher ist es, dass die Mitte-Links-Parteien diesem rechtspopulistischen Produktionismus etwas entgegensetzen. Wie ein kursorischer Blick auf die Entwicklung eines linken Produktionismus zeigt, stecken linke Parteien dabei aber in einer Suchbewegung.

Der Veränderung des linken Produktionismus

Viele ideengeschichtliche Studien über Arbeiteraufstände im 19. und 20. Jahrhundert in Europa, den USA oder Australien zeigen, dass der Produktionismus nicht nur ein Kennzeichen des Populismus ist, sondern auch als das verbindende Klassenbewusstsein der sich formierenden Arbeiterbewegung angesehen werden muss.³⁴ Ohne den historischen Verästelungen hier weiter nachzugehen, kann festgehalten werden, dass auch diesen frühen Ausdrücken einer produktivistischen Ethik neben einer moralischen (vielmals

32 Chrupalla 2022.

33 Hier ist nicht der Platz, um die Verstrickungen derjenigen Akteure in der AfD, die sich vorgeblich für Arbeitnehmerrechte einsetzen, mit neo-nazistischen Organisationen aufzuzeigen. Diese Akteure verfolgen derzeit vor allem das Ziel, rechte Gewerkschaften und Betriebsratslisten zu initiieren, um Fuß in den Betrieben zu fassen. Bislang sind diese Initiativen aber kaum erfolgreich.

34 Cole 2006; Asher 1998; Sewell 1980.

auch religiösen) Begründung einer Arbeitswerttheorie eine doppelte Abwertungsstrategie gemeinsam ist. Dies ist also keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal rechtspopulistischer Parteien, sondern kann in ganz ähnlicher Form auch in linken beziehungsweise sozialdemokratischen Debatten vernommen werden; etwa in der historischen Unterscheidung zwischen dem revolutionären Subjekt des »anständigen Proletariats« und der moralischen Diffamierung einer Unterklasse als »Lumpenproletariat.«³⁵

Diese produktionsistische Rhetorik hat die Sozialdemokratie sowie die Gewerkschaften seit ihrer Entstehung geprägt. Das zeigt sich vor allem daran, dass sich Gewerkschaften wie auch Sozialdemokratie traditionell schwer damit taten, neben ihrem Kernklientel, einer industriellen (Fach-)Arbeiderschaft, auch ungelernete Arbeiter*innen oder Arbeitslose anzusprechen. Diese wählten in der Zeit der Weimarer Republik traditionell stärker die KPD als die SPD. In der Nachkriegszeit gelang es der SPD dann aber zeitweise immer besser, das Wählerpotential der (seit 1956 verbotenen) KPD für sich zu gewinnen.³⁶

Spätestens mit Beginn der rot-grünen Koalition und der Agenda-Politik unter Gerhard Schröder 1998 verlor die SPD dann aber sowohl unter Arbeiter*innen als auch unter Arbeitslosen endgültig an Rückhalt. Mit Blick auf die produktionsistische Rhetorik ist dabei zu sehen, dass die SPD auf der einen Seite produktionsistische Ideale gezielt hervorhob, indem Sozialleistungen, wie etwa die Renten- oder Arbeitslosenversicherung, durch die Agenda-Politik stärker an erbrachte Arbeitsleistungen gekoppelt worden sind. Auf der anderen Seite führten aber die Steuerreformen der Rot-Grünen Koalition zu Mehrbelastungen der Arbeitnehmer*innen und einer Begünstigung der Unternehmensinteressen: »Keine Bundesregierung vor ihr«, so schreibt der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge mit Blick auf die Agenda-Politik, »hat bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital, günstigere Anlagemöglichkeiten für Großaktionäre und niedrigere Steuersätze für Unternehmer geschaffen als die rot-grüne.«³⁷

Hinzu kommt, dass gerade mit der Einführung des Niedriglohnssektors, der Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit sowie des Sanktionsregimes gegenüber Langzeitarbeitslosen – man denke etwa an die Verpflichtung zu sogenannten 1-€-Jobs – zugleich eine massive Abwertung bestimmter (einfacher) Arbeitstätigkeiten sowie eine Aufteilung des Arbeitsmarkts stattgefunden hat. Durch diese Maßnahmen veränderte sich die Anerkennungsbeziehung von Arbeit in Deutschland in eine Richtung, die sich nicht mehr an dem Anerkennungsideal einer kollektiven »horizontalen Würdigung« der Arbeitnehmerschaft orientierte und dabei auch das Ideal der solidarischen Betriebsgemeinschaft adressierte, sondern nach individueller Leistung zwischen den Arbeitnehmer*innen unterschied und nur noch vereinzelt »Bewunderung« versprach.³⁸ Diese Veränderung, die in nahezu allen (west-)europäischen Demokratien von den Mitte-Links-Parteien mitinitiiert wurden,³⁹ kann heute als ein entscheidender Faktor für das Aufkommen

35 Wimmer 2021.

36 Nachtwey/Spier 2007: 30.

37 Butterwegge 2020: 294.

38 Voswinkel 2000.

39 Piketty 2020; Goodhart 2020; Sandel 2020.

rechtspopulistischer Parteien und ihre Erfolge in den ehemaligen Hochburgen kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien angesehen werden. Denn nach der neoliberalen Wende wandten sich, wie der Politikwissenschaftler Franz Walter mit Blick auf die SDP schreibt, »ganze Scharen aus den unteren Schichten erbost ab«⁴⁰ von der Sozialdemokratie.

Den freigewordenen Platz als Arbeiterpartei haben dabei mittlerweile rechtspopulistische Parteien eingenommen. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus verständlich, dass viele Beobachter*innen in der Re-Justierung der sozialdemokratischen Politik und (mit Blick auf Deutschland) der Überwindung der immer noch traumatisch wirkenden Agenda-Politik einen zentralen Schlüssel sehen, um rechtspopulistischen Parteien diese Stellung wieder streitig zu machen.

Das Hoffen auf ein sozialdemokratisches Wunder?

Viele Autor*innen, die eine ähnliche Sichtweise auf die Erfolge rechtspopulistischer Parteien vertreten, folgern aus der in diesem Beitrag gezeichneten Gemengelage ein klares Lösungskonzept: Die Mitte-Links-Parteien, wobei insbesondere die SPD gemeint ist, müssen sich wieder stärker im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf der Seite der Belegschaften positionieren und Politik im Sinne der arbeitenden Mehrheit ausrichten. Damit könne, so die Hoffnung, nicht nur eine Brücke zwischen »Arbeiterschaft und kultureller Mittelklasse« geschlagen, sondern möglicherweise auch der Erfolg der AfD (gerade unter Arbeiter*innen) eingedämmt werden.⁴¹ Vor dem hier skizzierten Hintergrund, dass entwürdigende Arbeitsbedingungen die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahl erhöhen, fordern ähnliche Studien, die auf den Zusammenhang zwischen Arbeitswelt und Rechtspopulismus beziehungsweise Rechtsextremismus hinweisen, zudem eine deutliche Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung: Die Hoffnung ist, dass durch die stärkere institutionelle Verankerungen von Arbeitnehmerinteressen und das Erleben von Demokratie im Betrieb die Entstehung rechtspopulistischer oder »antidemokratischer Einstellungen« eingedämmt werden könnte.⁴²

So dringend diese Forderungen angesichts zunehmender Einkommensungleichheit und des Rückgangs an Tarifbindung und der Mitbestimmung in der Arbeitswelt sind,⁴³ werfen sie doch die grundsätzliche Frage nach dem Ziel der linkspolitischen Kurskorrektur auf. Sollen »antidemokratische Einstellungen« durch die Etablierung demokratischer Strukturen in der Arbeitswelt geheilt werden? Frei nach der These eines »spill-over«⁴⁴ schwingt dabei die Hoffnung mit, dass positive Demokratieerfahrungen im Betrieb eine positive Wirkung auf demokratische Einstellungen in der Gesellschaft haben.⁴⁵ Oder geht es darum, dass diejenigen mit »antidemokratischen Einstellungen«

40 Walter 2018: 278.

41 Westhäuser/Lux 2024: 22.

42 Kiess et al. 2022: 49.

43 Spannagel/Brülle 2024; Lübker/Schulten 2021.

44 Pateman 1970.

45 Kiess et al. 2022: 47ff.

durch sozialdemokratische Politikangebote überzeugt werden und nicht mehr eine in Teilen rechtsextreme Partei unterstützen – auch wenn sie dabei ihre Einstellungen behalten? Zudem steht die Frage im Raum, ob die Ausweitung demokratischer Strukturen in der Arbeitswelt einzig auf das Ziel ausgerichtet ist, den Rechtspopulismus zu schwächen – oder geht es um eine Bekämpfung antidemokratischer Strukturen in der Arbeitswelt, ungeachtet der Ungewissheit, ob damit der Rechtspopulismus auch wirklich zurückgedrängt werden kann?

Die Beantwortung dieser Fragen hat Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit und damit auch den Erfolg einer zukünftigen linken Politik. Vor dem Hintergrund des oben skizzierten Produktionismus ist dabei vor allem fraglich, ob der Versuch einer Heilung all jener Einstellungen, die in der Forschung als antidemokratisch zusammengefasst werden, gerade im Hinblick auf die doppelte Abgrenzung nach »oben« und »unten/außen« wirklich gelingen kann.⁴⁶ Denn produktivistische Ideale entstehen in klassenteiligen Arbeitsgesellschaften gerade dort, wo entwürdigende Arbeitsbedingungen am stärksten und der unternehmerischen Autokratie keine Grenzen gesetzt sind.⁴⁷ Angesichts der Beständigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und einem Mangel an realistischen Systemalternativen muss eine linkspolitische Kurskorrektur dem produktivistischen Ideal Rechnung tragen und dabei vor allem bestehende Ungleichheiten der Einkommensverteilung und Eigentumsordnung stärker thematisieren – das bedeutet also, in erster Linie auf eine stärkere Abgrenzung nach »oben« zu setzen. Dazu gehört unmittelbar die Ausweitung demokratischer Strukturen in der Arbeitswelt. Dies würde, wenn es denn konsequent umgesetzt werden sollte, zu politischen Entscheidungen führen, die die Befürworter*innen des Status quos als »antidemokratisch« und »autoritär« bezeichnen würden. Etwa, wenn Entscheidungsbefugnisse von Unternehmer*innen eingeschränkt und die Mitspracherechte der Belegschaften gestärkt werden, Verstaatlichungen von Unternehmen und Schlüsselindustrien vollzogen werden, Belegschaften selbständig darüber entscheiden, was und wie viel produziert werden soll oder das Streikrecht in dem Sinne verändert wird, dass es in Zukunft leichter ist, zu streiken und auch der politische Streik legalisiert wird. Der ungleichen Vermögensverteilung könnte man mit effektiver Besteuerung des Eigentums von Superreichen oder globalen

46 Über den Zusammenhang zwischen autoritären Strukturen in der Arbeitswelt, Angst vor sozialer Degradierung und dem Entstehen regressiver Bewegungen gibt es gerade unter den Ansätzen, die der Kritischen Theorie nahestehen, keinen Zweifel (Neumann 1956. Heitmeyer 2018). Zweifel sind dann aber angebracht, wenn voreilig von den autoritären Strukturen in der Arbeitswelt auf autoritäre Bewusstseinsstrukturen der Arbeiter*innen geschlossen wird, die auch noch dem Faschismus nahestehen würden (Jaerisch 1975). Dabei wird übersehen, dass es in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer auch links-autoritäre Einstellungen gab (Lipset 1959) und immer noch gibt.

47 Ähnliches lässt sich anhand der Interviews in der Studie von Amlinger und Nachtwey erkennen. Die diagnostizierte Zerstörungslust der Interviewten resultiert nicht selten aus fundamentalen wirtschaftlichen Umbrüchen, denen die Personen scheinbar hilflos gegenüberstehen. Längst ist dieses Gefühl kein Alleinstellungsmerkmal mehr der Arbeiterklasse, sondern reicht weit bis in die obere Mittelschicht (vgl. Amlinger/Nachtwey 2025). Vgl. dazu auch die Unterscheidung über die Verdopplung des AfD-Elektorats von Hövermann 2025.

Monopolunternehmen beikommen. Die sind allesamt – wenn auch nach unterschiedlicher Graduierung – Forderungen, die sich jedoch mit dem gegenwärtig hegemonialen Konzept einer wirtschaftsliberalen Demokratie kaum in Übereinstimmung bringen lassen.⁴⁸ Um erfolgreich zu sein, müssten Mitte-Links-Parteien also viel stärker an einer überzeugenden Version einer sozialen Demokratie arbeiten, die diesem wirtschaftsliberalen Demokratiekonzept, statt sich einseitig auf die Bekämpfung und Heilung vermeintlich antidemokratischer Einstellungen ihrer ehemaligen Wählerschaften zu konzentrieren.

Zugleich darf ein solcher linker Produktionismus nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass viele Arbeitnehmer*innen vor der Globalisierung und damit auch vor steigender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Einwanderung oder den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze durch Transformationsprozesse Schutz suchen. Auch ein linker Produktionismus muss also eine Antwort auf diese doppelte Abgrenzung nach »oben« und nach »unten/außen« finden. Derzeit scheint jedoch keiner der zur Wahl stehenden Mitte-links-Parteien ein überzeugendes Angebot parat zu haben, wie das gelingen soll. Stattdessen werden sowohl in den politischen wie auch wissenschaftlichen Abhandlungen über den Kampf gegen den Rechtspopulismus Hoffnungen beschrieben, dass ein – etwas überspitzt ausgedrückt – »guter« linker Populismus den bösen rechten Populismus zurückdrängen könnte. Die doppelte produktionsistische Abgrenzung im Rechtspopulismus sollte dann möglichst geräuschlos in eine agonistische Frontstellung zwischen »unten« und »oben« übertragen werden, ohne dabei allerdings die Grundwerte und Spielregeln der liberalen Demokratie zu verletzen.⁴⁹ So sympathisch und theoretisch reflektiert diese Überlegungen auch sind, scheinen sie ohne eine realistische Bodenhaftung zu sein. Denn die grundsätzliche Herausforderung einer derartigen sozialdemokratischen oder linkspopulistischen Kursänderung sind die zwangsläufigen Wertekonflikte – etwa in Fragen des Freihandels, der Migrationspolitik, der Einstellungen zur »negativen europäischen Integration« (Scharpf), der Rolle und Durchsetzungsmacht des Nationalstaats – zwischen kultureller Mittelklasse und Arbeiterschicht. Mitte-Links Parteien stecken hier nach wie vor in einer Suchbewegung und es ist – stand jetzt – nicht klar abzusehen, welche Strategie langfristig zum Erfolg gegen den wachsenden Einfluss rechtsextremer Parteien führt. Wie die zu Beginn des Artikels skizzierten Daten zeigen, scheinen aber insbesondere Arbeiter*innen mit AfD-Wahlabsichten nach wie vor ansprechbar für eine stärkere Positionierung im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu sein. Das ist trotz der hier angerissenen Fallstricke tatsächlich weiterhin ein Grund zur Hoffnung, denn die wirtschaftspolitische Ausrichtung der AfD wird diese Nachfrage nicht erfüllen. Gewerkschaften sowie sozialdemokratische Parteien müssen hier ansetzen und neue Strategien entwickeln, um die unternehmerische Autokratie und den damit verbundenen wachsenden Zulauf zu rechtsextremen Parteien zurückzudrängen.

48 Vor diesem Hintergrund ist es auch wichtig zu sehen, dass die »spill over«-These von Carole Pateman nicht zuletzt auf den Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung im ehemaligen Jugoslawien aufbaut – einem zwar blockfreien, aber kommunistisch geführten Staat (siehe Pateman 1970).

49 Mouffe 2018.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik/Mitteregger, Reto/Mudde, Cas (2021): Verlassen von der Arbeiterklasse? Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2025): Zerstörungslust. Aspekte des demokratischen Faschismus, Suhrkamp.
- Asher, Robert (1998): Producerism is Consciousness of Class: Ironworkers' and Steelworkers' Views on Political Economy, 1894–1920, in Boyle, Kevin (Hg.), *Organized Labor and American Politics 1894–1994. The Labor-Liberal Alliance*, State University of New York Press, S. 51–70.
- Biskamp, Floris (2022): Ein sozioökonomischer Linksruck im Rechtspopulismus? Die sozioökonomische Positionierung radikaler Rechtsparteien in europäischen Wohlfahrtsstaaten, in Soce, Giuliana/Rhein, Philipp/Lehnert, Daniel/Kaphegyi, Tobias (Hg.), *Exkludierende Solidarität der Rechten*, Springer VS, S. 37–58.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, VSA.
- Butterwegge, Christoph (2020): Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Beltz Juventa.
- Chrupalla, Tino (2022): Deutschland muss bleiben. Rede auf dem 13. Bundesparteitag der AfD. <https://www.youtube.com/watch?v=wfqGTx9KNtU>. Zuletzt aufgerufen am 12.01.2025.
- Cole, Harry (2006): Consciousness of Class? Australia's ›Producing Classes‹, 1848–50, *Melbourne Historical Journal*, 34, S. 35–51.
- DGB (2024): AfD – der Feind der Beschäftigten. <https://www.dgb.de/gerechtigkeit/demokratie/afd-der-feind-der-beschaeftigten/>. Zuletzt aufgerufen am 14.11.2024.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Westfälisches Dampfboot.
- Dribbusch, Heiner (2023): Streik. Arbeitskämpfende und Streike in Deutschland seit 2000. Daten, Ereignisse, Analysen, VSA.
- Emmler, Helge (2023a): WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 10: Fragebogen und Codebuch. WSI-Datenreport 02/2023, Düsseldorf.
- Emmler, Helge (2023b): Das WSI-Erwerbspersonenpanel. Hintergründe, Befunde, Ausblicke, WSI-Mitteilungen, 6, S. 452–459.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, Suhrkamp.
- Goodhart, David (2020): Kopf, Hand, Herz. Das neue Ringen um Status. Warum Handwerks- und Pflegeberufe mehr Gewicht brauchen, Penguin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Suhrkamp.
- Hochschild, Arlie 2025: Geraubter Stolz. Verlust, Scham und Aufstieg der Rechten, Hamburger Edition.
- Hochschild, Arlie (2016): *Strangers in their Own Land*, New Press.
- Hodson, Randy (2001): *Dignity at Work*, Cambridge University Press.
- Hövermann, Andreas 2025: Die Verdopplung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. WSI-Study Nr. 42.

- Hövermann, Andreas (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem Erwerbspersonenpanel, Report Nr. 92.
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina (2023): Die Entwicklung des Vertrauens in Gewerkschaften. WSI Policy Brief Nr. 76.
- Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina/Voss, Dorothea (2022): Wie Arbeit, Transformation und Soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Working Paper, Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 241.
- Jaerisch, Ursula (1975): Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik der politischen Psychologie, Europäische Verlagsanstalt.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus. Zur Einführung, Junius.
- Kaphegyi, Tobias (2022): Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten. Zur »Kulturkritik als Perspektive« der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der AfD, in Soce, Giuliana/Rhein, Philipp/Lehnert, Daniel/Kaphegyi, Tobias (Hg.), Exkludierende Solidarität der Rechten, Springer VS, S. 61–84.
- Kazin, Michael (2012): *The Populist Persuasion. An American History*, Cornell University Press.
- Kiess, Johannes/Wesser-Saalfank, Alina/Bose, Sophie/Schmidt, Andre/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2023): Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. OBS-Arbeitspapier 64, Otto-Brenner-Stiftung.
- Lasch, Christopher (1991): *The true and only heaven. Progress and its critics*, Norton & Company.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Democracy and Working-Class Authoritarianism, *American Sociological Review*, 24, 4, S. 482–501.
- Lübker, Malte/Schulten, Thorsten (2021): Tarifbindung in den Bundesländern. Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Elemente qualitativer Tarifpolitik 89, Hans-Böckler-Stiftung.
- Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus, Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus, Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver/Spier, Tim (2007): Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in Spier, Tim/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz (Hg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* Springer VS, S. 13–69.
- Neumann, Franz (1954): *Angst und Politik*, J. C. B. Mohr.
- Oesch, Daniel/Rennwald, Line (2018): Electoral Competition In Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting For The Left, Centre-Right Und Radical Right, *European Journal of Political Research*, 57, 4, S. 783–807.
- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*, C. H. Beck.
- Sandel, Michael J. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt, Fischer.
- Tagesschau (2024): AfD-Stimmenanteile nach Tätigkeit im Vergleich zu 2019. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/charts/umfrage-afd/chart_1733418.shtml. Zuletzt aufgerufen am 14.11.2024.

- Schwuchow, Torben (2023): Kampf um Würde in der Arbeit. Rechtspopulismus als Ausdruck eines moralischen Unrechtsempfindens, Nomos.
- Sewell, William H. (1980): *Work and Revolution in France. The Language of Labor from the Old Regime to 1848*, Cambridge University Press.
- Spannagel, Dorothee/Brülle, Jan (2024): Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte. WSI-Verteilungsbericht 2024, Report Nr. 98.
- Voswinkel, Stephan (2000): Die Anerkennung der Arbeit im Wandel. Zwischen Würdigung und Bewunderung, in Holtgreve, Ursula/Voswinkel, Stephan/Wagner, Gabriele (Hg.), *Anerkennung und Arbeit*, UVK, S. 39–62.
- Wahlprogramm der AfD. 2021. »Deutschland. Aber Normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. <https://www.afd.de/wahlprogramm/>. Zuletzt aufgerufen am 10.01.2025.
- Walter, Franz (2018): *Die SPD. Biographie einer Partei*, Rowohlt.
- Weiß, Volker (2023): Jetzt neu bei der AfD: Hass auf Reiche, *Süddeutsche Zeitung* vom 11. Juli 2023.
- Westhäuser, Linus/Lux, Thomas (2024): *Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung. Klasse als politischer Kompass?* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Wimmer, Christopher (2021): *Lumpenproletariat. Die Unterklasse zwischen Diffamierung und revolutionärer Handlungsmacht*, Schmetterling.